

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) richten folgende Anfrage an:

Mag. Peter Hacker, amtsführender Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Pflege

Mag.a Kathrin Gaál, amtsführender Stadtrat für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen

Mag.a Ulli Sima, amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke

Fragen an Mag. Peter Hacker (MA 40 – Grundversorgung):

Wie viele Einrichtungen der Grundversorgung für Asylwerber oder subsidiär Schutzberechtigte befinden sich derzeit im 14. Bezirk (Penzing)?

Wie viele zusätzliche Unterkünfte befinden sich aktuell in Planung oder Vorbereitung?

Welche Trägerorganisationen (NGOs) sind derzeit im Bezirk mit der Versorgung beauftragt?

Welche Gesamtkosten sind im Zeitraum 2020 bis 2025 im Bezirk Penzing für Leistungen der Grundversorgung angefallen? Bitte nach Jahr und Kostenart (Unterkunft, Verpflegung, Betreuung etc.) aufschlüsseln.

Wie viele Personen sind derzeit im Bezirk Penzing dezentral untergebracht (z. B. in Wohnungen über NGOs oder private Anbieter)?

Wie hoch sind die monatlichen Durchschnittskosten pro untergebrachter Person in Penzing (dezentral)?

Welche weiteren Ausgaben sind für das Jahr 2025 und die Folgejahre geplant?

Fragen an Mag.a Kathrin Gaál (MA 50, MA 37, Wiener Wohnen):

Wie viele Wohnungen von Wiener Wohnen oder gemeinnützigen Bauträgern im 14. Bezirk werden aktuell an Personen in Grundversorgung vergeben?

Wie viele Wohnungen von Wiener Wohnen oder gemeinnützigen Bauträgern im 14. Bezirk werden derzeit an NGOs oder andere Einrichtungen vergeben bzw. zur Nutzung überlassen, die diese Wohnungen anschließend an Asylwerber, subsidiär Schutzberechtigte oder andere Personen im Rahmen der Grundversorgung weitervermitteln bzw. zur Verfügung stellen?

Erfolgt eine Vergabe von Wohnungen aus dem sogenannten Zuwandererfonds an Asylwerber, subsidiär Schutzberechtigte oder anerkannte Flüchtlinge?

Wenn ja, wie viele im Bezirk Penzing?

Welche Stelle entscheidet über diese Wohnungsvergabe – MA 50, Fonds Soziales Wien, Wiener Wohnen?

Wer trägt die Kosten für Miete, Betriebskosten und Erstausrüstung in diesen Wohnungen?

Wie viele der zugewiesenen Wohnungen im Bezirk Penzing sind durch Personen mit Asylstatus oder Schutzberechtigung derzeit belegt?

Fragen an Mag.a Ulli Sima (MA 21, MA 37 – Stadtplanung & Bauverfahren):

Welche Standorte für neue Unterkünfte im Rahmen der Grundversorgung wurden im Bezirk Penzing seit 2020 baulich oder planerisch genehmigt?

Welche Bauverhandlungen zu neuen oder adaptierten Unterkünften fanden seit 2020 statt, und welche sind aktuell geplant?

Ist bei neu geplanten Einrichtungen im Bezirk eine Einbindung der Bezirksvertretung oder Bezirksvorstehung vorgesehen?

Wenn ja, in welcher Form?

Nach welchen stadtplanerischen Kriterien und Widmungsgrundlagen wird die Einrichtung neuer Unterkünfte ermöglicht?

Welche Widmungsänderungen im 14. Bezirk seit 2020 standen in Zusammenhang mit Unterkünften für Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte oder Asylwerber?

Begründung

Angesichts steigender Kosten für Unterbringung, sozialer Spannungen im urbanen Raum sowie wachsender öffentlicher Kritik an der Intransparenz und Überforderung einzelner Bezirke durch das Grundversorgungssystem besteht ein legitimes Interesse der Bezirksvertretung und der Bevölkerung an vollständiger Aufklärung.

Es geht dabei nicht nur um soziale Fragen, sondern auch um Stadtplanung, Wohnvergabe und finanzielle Belastung, weshalb diese Anfrage an mehrere zuständige Geschäftsgruppen gerichtet wird.

BR Bernhard Patzer